

Freie Meinung

Ausgabe 2/2013

Lehrerausbildung neu

IN DIESER AUSGABE

Die Lehrerbildung neu
beschäftigt
Mag. Siegfried Neyer
Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner

Die politische Bildung auf der
Sekundarstufe II
betrachtet
Mag. Johann Lehrer

Geanken zu NMS und
Gymnasium
macht sich
HR Mag. Dieter Grillmayer

"Burnout"
ein Bericht eines gefährdeten
AHS Lehrers
von Mag. Johannes Kerbl



Wir wünschen erholsame Ferien

*Schwester Ruhe schöpft mehr klares Wasser aus dem Quell
mit einem Löffel, als Bruder Sturm mit einem Krug.
(von Emil Gött)*



Lehrerbildung neu

Von Siegfried Neyer



Nach vielen Ankündigungen wurde nun endlich das neue Modell der einheitlichen Lehrerausbildung präsentiert. Bezeichnenderweise durch die beiden Minister Schmied und Töchterle. So wird die auch weiterhin bestehende unsinnige Aufteilung auf zwei Ministerien deutlich dokumentiert. Man stelle sich vor, dass bei der Ausbildung der Juristen das Justizministerium und bei der Medizinausbildung das Gesundheitsministerium mitbestimmen. Die Liste ließe sich noch weiterführen.

Sieht man sich die einzelnen Punkte der neuen Ausbildung an, so sind auf den ersten Blick durchaus Ansätze zu erkennen, die schon vor vielen Jahren vom FÖLV und der FPÖ vertreten wurden. So wurde die Forderung erfüllt, alle Lehrer auf akademischem Niveau auszubilden, auch eine Eignungsphase und eine pädagogische Grundausbildung für alle Lehrer wurde von uns gefordert.

Damit hat es sich aber mit den Gemeinsamkeiten. Dass die Grund-

ausbildung für alle mit einem Bakkalaureat abschließt, ist durchaus noch schlüssig, dass dieses aber im Gegensatz zu anderen Bakkalaureatsstudien statt sechs mindestens acht Semester dauern soll aber nicht. Eine Grundausbildung, die für den Unterricht an Pflichtschulen reichen sollte, muss nicht so lang dauern! Was soll in acht Semestern denn alles an Lehrinhalten in die Köpfe der angehenden Pädagogen hineingestopft werden? Die Gefahr, dass jede Menge pädagogische Theorie ohne jeden Praxisbezug hinzukommt, ist jedenfalls groß.

Vor Jahrzehnten erfolgte die Ausbildung der VS-Lehrer an den LBAs im Rahmen einer 5-jährigen Oberstufe (= ein Jahr länger als eine normale Matura, vergleichbar mit einer BHS). Nach zwei Jahren Praxis mussten die Lehrer eine Befähigungsprüfung ablegen. Trotz der im Vergleich zu heute und noch mehr zum neuen Modell viel kürzeren Ausbildung waren die so ausgebildeten VS-Lehrer nicht schlechter wie die heutigen. Trotzdem wurde deren Ausbildung gemeinsam mit den anderen Pflichtschullehrern an die Pädagogischen Akademien verlegt und auf vier, später auf sechs Semester verlängert. Besser geworden ist die Ausbildung dadurch aber nicht. Ähnliches gilt für HS- bzw. NMS-Lehrer. Deren Ausbildung dauert derzeit sechs Semester. Darauf soll dann noch ein mindestens drei Semester dauerndes berufsbegleitendes Masterstudium folgen. Damit verlängert sich die Ausbildung für Pflichtschullehrer um mindestens 2 1/2 und für Lehrer an höheren Schu-

len um mindestens 1 1/2 Jahre. Wer weiß, welche Belastungen ein berufsbegleitendes Studium mit sich bringt, kann wohl erahnen, dass nur die wenigsten das Masterstudium berufsbegleitend in der vorgesehenen Zeit absolvieren können.

Der FÖLV hält ein Bakkalaureatsstudium von sechs Semestern für Pflichtschullehrer für völlig ausreichend, die nötigen Lehrinhalte sind in dieser Zeit problemlos zu vermitteln. Für Lehrer an höheren Schulen soll an das Bakkalaureatsstudium ein Masterstudium von mindestens zwei Semestern folgen, die Fachausbildung muss aber schon im Bakkalaureatsstudium beginnen. Vor allem in den Naturwissenschaften ist das wohl nur an Universitäten möglich.

Die Folgen einer aufgeblähten Lehrerausbildung, wie von der Bundesregierung geplant, sind wohl nicht schwer zu erraten. Wer nimmt wohl eine stark verlängerte Ausbildung auf sich, wenn danach ein schlechteres Dienstrecht mit verringerter Lebensverdienstsumme wartet. Wer in der Lage ist, ein Studium, das den überhöhten Ansprüchen dieser Regierung genügt zu absolvieren, hat in der freien Wirtschaft wesentlich besser entlohnte Berufsaussichten. Es besteht dann die Gefahr, dass nicht die Besten Lehrer werden und somit das Niveau gedrückt wird, um die nötige Zahl an Lehrern zu bekommen.

Nicht geklärt ist auch, wie in der Zeit nach der Umstellung auf das neue Studium der Lehrbedarf gedeckt werden soll. Durch die

Neue Lehrerausbildung: Etappensieg für Schmieds Gesamtschule

von Josef Pasteiner

Bisher erfolgt die dreijährige Ausbildung der Pflichtschullehrer an den Pädagogischen Hochschulen (P. H.) Dabei gibt es kaum eine Auslese und über die Anstellung entscheidet das Parteibuch. Das

Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner

ist der Obmann der Freiheitlichen Lehrer in N.Ö. sowie FPÖ – Mandatar im Kollegium des Landesschulrates für N.Ö.



Lehrerbildung ... (Fortsetzung):

Verlängerung fällt mindestens ein Jahrgang an Junglehrern weg, und das in einer Zeit mit akutem Lehrermangel.

Ein weiterer berechtigter Kritikpunkt ist das Ausklammern der vorschulischen Bildung aus dem Regierungskonzept. Wenn auch vor einer überzogenen Akademisierung der Kindergartenpädagogik gewarnt werden muss, so ist auch dieser Bereich der Bildung in ein Gesamtkonzept miteinzubeziehen.

In Anbetracht der Kritik bleibt nur der Appell an die zuständigen Minister, zurück an den Start zu gehen und ein vernünftiges Modell zu entwickeln, das auch in der Realität umsetzbar ist. Als Diskussionsgrundlage sei das Modell des FÖLV empfohlen.

Studium der zukünftigen hochqualifizierten Professoren an den AHS und BHS dauert an der UNI im Durchschnitt 6,5 Jahre, wobei 40% den Abschluss nicht schaffen. Eine Niveauverbesserung bei den Pflichtschullehrern durch mehr qualifizierte Selektion würde als Ausbildungsreform reichen, wenn da bei BM Schmied nicht der Wunsch nach der Gesamtschule wäre. Daher kämpfte sie dafür, dass alle Lehrer die gleiche Bachelorausbildung (mit geringerer Bezahlung!) bekommen sollten. Dagegen stellten sich die schwarzen ÖGB-Lehrervertreter und forderten für alle Lehrer ein Masterstudium.

Vier Jahre wurde verhandelt, jetzt steht die Lehrerausbildung neu. Sichtlich erleichtert stellten am 3. April die Minister Schmied und Töchterle (ÖVP) die Lehrerausbildung vor, wobei Schmied anscheinend nachgegeben hat. Neu ist, dass alle zukünftigen Lehrer am Beginn einen mehrstufigen Aufnahmetest machen müssen. Neu ist aber auch, dass die Pflichtschullehrer und die AHS- sowie BHS-Lehrer gemeinsam ausgebildet werden. Als 1. Schritt gibt es künftig eine vierjährige Bachelorausbildung, die sowohl an einer P. H. als auch einer UNI oder in einem Verbund beider Hochschulen absolviert werden kann. Als 2. Schritt gibt es ein Dienstjahr an einer Schule unter Aufsicht eines Mentors, der ein erfahrener Pädagoge ist. Der 3. Schritt ist eine nur dreisemestrige und damit zweitklassige Master-

ausbildung neben der Arbeit als Lehrer (!), die Voraussetzung für eine unbefristete Anstellung ist. Diese dürfen allerdings nur UNI's oder P. H.'s in Kooperation mit einer UNI anbieten. In der Praxis dürfte es so aussehen, dass fast alle Studenten die viel leichteren P. H.'s bevorzugen werden.

Durch die gleiche Ausbildung für die Lehrer der verschiedenen Schultypen gelingt der schlaue Schmied ein wichtiger Etappensieg zu der von ihr ersehnten Gesamtschule. Für die zukünftigen Professoren an den AHS und BHS bedeutet dies aber im Vergleich zur bisherigen rein universitären Ausbildung einen deutlichen fachlichen Niveauverlust, der sich vor allem beim Unterricht in Maturaklassen peinlich auswirken wird!

Daher kritisiert der FPÖ-Bildungssprecher Nationalrat Dr. Walter Rosenkranz unter dem Titel „Gesamtschulausbau nicht mit der FPÖ“ was den „Master für alle“ betrifft: „Warum künftig selbst Lehramtskandidaten der bisherigen Hauptschulen (HS) und der Neuen Mittelschulen (NMS) ein Masterstudium vorweisen müssen, ist nicht nachzuvollziehen. Es ist hiebei zu befürchten, dass diese mit vielen für ihr Lehramt nicht verwendbaren Inhalten belastet werden, anstatt dass ihnen das Wichtigste, nämlich Begeisterung für ihren Beruf, vermittelt wird.“

Wenn die Professoren an den AHS und BHS zukünftig fachlich zu

wenig qualifiziert sein werden, ist es bei den Volksschullehrern genau umgekehrt. Was die gemeinsame Ausbildung von AHS und NMS-Lehrern angeht, positioniert Rosenkranz die FPÖ ebenfalls klar: „Weitere Schritte in Richtung einer Gesamtschule, bei der schließlich die AHS-Unterstufen

schrittweise demoliert werden sollen, wird es mit der FPÖ sicherlich nicht geben.“

Schizophren ist hierzu die Haltung der ÖVP, die zwar offiziell die Gesamtschule ablehnt, sich aber von Schmied locker über den Tisch ziehen lässt. Selbst die ÖVP-do-

minierte Lehrergewerkschaft ist plötzlich verdächtig ruhig. Dies wird ihr aber von Schmied nicht gedankt. Vielmehr fordert sie nun in ihrem Leibblattl mit „die Uhr tickt“ eine rasche Zustimmung der Gewerkschaften zum neuen linken Lehrerdienst- und Besoldungsrecht im Sinne der Gesamtschule.

Redaktionelle Ergänzung (dgm): Vom Anforderungsprofil her ist ein fünfeinhalbjähriges akademisches Studium für Grundschul- und Mittelstufenlehrer ganz gewiss kontraproduktiv. Es besteht die Gefahr der „Verkopfung“ eines Berufes, in dem sich der gute Lehrer täglich im praktischen Umgang mit seinen Schülern bewähren muss. Es ist der falsche Weg, die soziale Gleichstellung aller Lehrerkategorien rein formal über gleich lange Ausbildungszeiten anzustreben. Weil das Sozialprestige – leider – vor allem vom Einkommen abhängt, wäre ein transparentes leistungsbezogenes Besoldungssystem mit Bonuszahlungen für nachgewiesenen Unterrichtserfolg sicher die bessere Lösung.

Politische Bildung auf Sekundarstufe II

An- und Bemerkungen zum bildungs- und gesellschaftspolitischen Kontext

Von Mag. Johann Lehrer

Mit Bezug auf den Lehrstuhlinhaber für physiologische Psychologie an der Universität Bielefeld, Hans Joachim Markowitsch – ein ausgewiesener Gedächtnisforscher –, beschreibt Kuno Kruse in seinem Roman „Der Mann, der das Gedächtnis verlor“ die Leistungsfähigkeit des Gehirns folgendermaßen: „Das menschliche Gehirn ist nicht dazu geschaffen, Einzelheiten in der Erinnerung zu behalten. Keine Nebenflüsse der Weser, keine Jahreszahlen großer Schlachten. Sie belasten nur. Denn was nützen dem Menschen die Zufälle von gestern für die Bewältigung der Probleme von morgen? Das Gehirn leitet aus Gelerntem nur das dauerhaft brauchbare ab. Abertausende Schulstunden gehen deshalb in den Müll“. (Kruse 2012, 55 – 56.)

Das Kompetenz-Strukturmodell, von Reinhard Krammer in *Kompetenzorientierte Politische Bildung* (Krammer 2008) ausführlich vorgestellt, soll im Gegenstand *Politische Bildung* Teil der „schulischen Sozialisation“ werden und die Entwicklung von „Kompetenzen für mündige wahlberechtigte BürgerInnen“ unterstützen. Ein allenthalben sich entwickelndes Demokratiedefizit blieb zwar in der wissenschaftlichen Literatur, so auch im Feuilleton, nicht unbemerkt, ein bildungspolitisches Reagieren ließ jedoch lange auf sich warten. Colin Crouch, Politikwissenschaftler und Soziologe an der University of Warwick, hatte schon vor Jahren darauf verwiesen, dass Demokratie nur gedeihen könne, „wenn die Masse der normalen Bürger wirklich die Gelegenheit hat, sich

durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen, und wenn sie diese Gelegenheiten auch aktiv nutzt“. „Dieses Ideal [...] setzt voraus, dass sich eine große Zahl von Menschen lebhaft an ernsthaften politischen Debatten und an der Gestaltung der politischen Agenda beteiligt.“ Partizipation beinhalte [...] die Einforderung der basalen demokratischen Norm nach Einbezug aller Gesellschaftsmitglieder in alle gesellschaftlichen Handlungsbereiche“. (Schorb, Zoellner, Keilhauer 2010, 10) Hier setzt das Kompetenz-Strukturmodell an: Aus gesellschafts- und demokratiepolitischen Gründen sollen Kompetenzen vermittelt und erworben werden, die mündige Bürger und Bürgerinnen als Trä-

ger/Trägerin einer in Entwicklung befindlichen Partizipations-Demokratie benötigen. Dazu bedarf es nicht nur moderner Techniken, sondern auch einer noch zu entwickelnden Verantwortungskultur, zumal der liberale, säkularisierte Staat ohne diese Verantwortungskultur, wie jüngste politische Entwicklungen in Europa, auch in Österreich, zeigen, in Bedrängnis gerät.

Ernst-Wolfgang Böckenförde, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht, hat dies folgendermaßen beschrieben: „*Der [...liberale], säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.* Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als [...der Freiheit verpflichteter] Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, *aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft*, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt, mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren versuchen, ohne seine [...Liberalität] aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“ (Böckenförde 1976.) Demokratie sei, so Möller von den Bruck (1923), „[...] die Anteilnahme eines Volkes an seinem Schicksal [und ...] an der Demokratie eines Volkes erkennt man, was es will.“ Für die *Weimarer Republik* formulierte der Sozialdemokrat Konrad Heiden treffsicher: „Der Staat, von

dem das Individuum sich abwendet, stirbt. Er war der Gott des 19. Jahrhunderts gewesen. Noch sehen wir nicht genau, was an seine Stelle tritt.“ (Heiden 1936, 77.)

Rudolf Burger, Kulturphilosoph und emeritierter Professor für Philosophie an der UNI Wien, stellte mahrend und aufrüttelnd zugleich fest: „Wir wissen es heute, oder könnten es wissen: Alle großen Verbrechen entspringen großen Idealen, nicht dem bösen Willen, die Täter verfolgen aus ihrer Binnenperspektive immer ‚das Gute‘, ihr Antrieb ist stets eine ‚Begierde des Rettens‘ (Hegel) und sie sind um Objektivierungen nie verlegen, hießen diese Rasse, Klasse, Volk oder Nation [...]“. (Burger 2007, 8.) Man könne, so Rudolf Burger, dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus vieles nachsagen, aber nicht, dass sie keine ‚Wertegemeinschaft‘ gewesen wären (vgl. auch: Gross, 2010 und Neiman, 2004). Der Kommunismus als Ideal sei sogar im wörtlichen Sinne eine ‚Wertegemeinschaft‘ gewesen (Burger 2007, 8). Anders gesagt: Alle Versuche, das Paradies auf Erden zu installieren, aus der Überzeugung heraus, das *absolut* Gute zu tun, haben immer zu Terror und Zerstörung geführt, wie die Geschichte von Staatsreligionen, Nationalsozialismus und Kommunismus belegen.

Eines von vielen Zielen kompetenzorientierten Unterrichtens muss demnach sein – mit Bezug auf Oswald Spengler, die politisch Handelnden durch die Erlangung verschiedener Kompetenzen (Urteils-, Handlungs-, Methoden- und Sachkompetenz) in die Lage zu versetzen, Ziele und Folgen ih-

res Handelns zu erkennen und durch Reflexion und Perspektivenwechsel verantwortungsvoll für sich und die Gemeinschaft zu handeln. **Dementsprechend muss auch die Gemeinschaft als Erfolgsvoraussetzung für das Individuum gelernt und wahrgenommen werden. Das die Demokratie bestimmende Dependenzverhältnis von Gemeinschaft und Individuum lässt uns auf das von Yves Kugelman (Kugelman, 2012, S. 5.) beschriebene Individuum-Gesellschaft-Modell des Judentums zwingend zurückgreifen. Demnach sei das Individuum von der Gemeinschaft aus zu denken und nicht umgekehrt. „Die Verhaftung in Gemeinschaft entlässt das Individuum in eine vernunftsgebundene anstatt radikale Freiheit.“** (Kugelman, 2012, S. 5.) Mit Bezug auf Böckenförde und Kugelman ist die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft von einer **Verordnungs- zu einer Verantwortungsgesellschaft** unabdingbar – kann aber nur gelingen, wenn die Individuen ihre Verantwortung für sich und die Gemeinschaft aus der „Verhaftung in Gemeinschaft“ begründen und wahrnehmen.

... Den gesamten Aufsatz, ergänzt durch Fußnoten und mit einem Literaturverzeichnis versehen, finden Sie auf den **Salzburg-Seiten** von www.flv.at



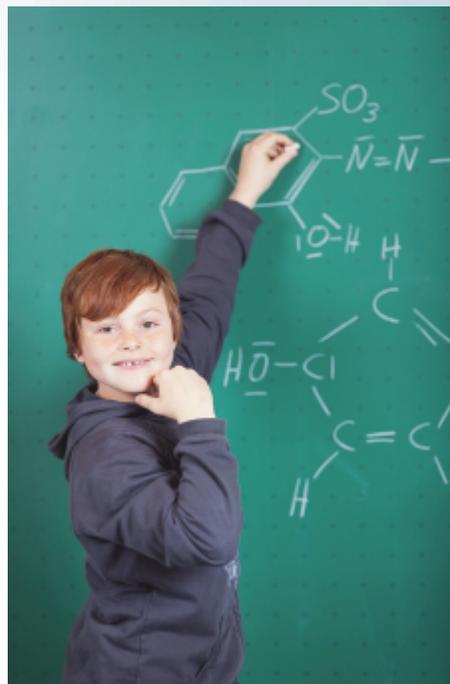
PULSS-Studie dämpft die Inklusionsbegeisterung linker Bildungspolitiker

Die Leistungsspitze in den deutschen Schulklassen ist zu klein. Das belegen alle Leistungsvergleiche von PISA bis TIMSS. Sie ist in den vergangenen Jahren noch deutlich kleiner geworden, und es gibt wenig Anlass zu der Hoffnung, dass ausgerechnet die neue Inklusionseuphorie dazu geeignet wäre, die Hochbegabten in Regelklassen in besonderer Weise zu fördern. Jedenfalls spricht eine Evaluation der Begabtenklassen in Bayern und Baden-Württemberg dagegen, die nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit im vergangenen Herbst abgeschlossen wurde. Es handelt sich um das „Projekt für die Untersuchung des Lernens in der Sekundarstufe“ (PULSS), das die drei Universitäten Würzburg, Trier und Nürnberg verantworten, die Federführung hatte der Würzburger Psychologe Wolfgang Schneider.

Bei einer Übergangsquote an das Gymnasium von 50 Prozent und mehr wachsen die Leistungsunterschiede enorm. Kommen dann noch Hochbegabte und Schüler mit besonderem Förderbedarf dazu, wird sich der Lehrer in der Regel am durchschnittlichen Schüler orientieren, was für die Hochbegabten eine Katastrophe ist, weil sie sich ständig unterfordert fühlen und schlimmstenfalls selbst verhaltensauffällig werden.

Von Hochbegabung sprechen Wissenschaftler bei einem Intelligenzquotienten von 130 und mehr. Zwei Prozent der Bevölkerung weisen solche Werte auf. Für

die Aufnahme in eine Hochbegabtenklasse reicht in der Regel ein Intelligenzquotient von 120, den jeder Zehnte erreicht. Der Intelligenztest sowie Schulnoten und die Ergebnisse spezieller weiterer Tests entscheiden darüber, ob ein Kind in eine Hochbegabtenklasse aufgenommen wird. Sowohl in Baden-Württemberg als auch in Bayern gibt es an einigen Gymnasien Hochbegabtenklassen. In jedem der beiden Länder haben die Wissenschaftler vier davon untersucht und jeweils zwei Jahrgänge während der Klassenstufen fünf, sechs und sieben insgesamt viermal getestet und befragt. Als



Kontrollgruppe diente jeweils die Regelklasse an derselben Schule, in der etwa 20 bis 25 Prozent der Kinder einen Intelligenzquotienten von mehr als 120 aufwiesen. Insgesamt wurden in den Jahren 2008 bis 2012 1069 Schüler untersucht. In Auftrag gegeben wurde die Studie in Baden-

Württemberg noch von der früheren Kultusministerin Schick (CDU), nach dem Regierungswechsel wird das Kultusministerium in Stuttgart die bis zur mittleren Reife geplante Langzeitstudie nicht weiterfinanzieren.

Erstaunlich ist das angesichts der Ergebnisse nicht, denn die Ergebnisse laufen jeder radikalen Inklusionseuphorie zuwider. In allen vier Erhebungszeiträumen haben die Schüler der Begabtenklassen in Mathematik, beim Lesen, in Englisch oder in Latein (als erste Fremdsprache), aber auch in Biologie/Natur und Technik signifikant besser abgeschnitten. „Der Vergleich der Leistungsentwicklungen erbrachte durchgehend einen substantiellen Vorteil bei den Schülern der Begabtenklassen“, heißt es in der Kurzfassung der Studie. Vor allem beim Lesen hatte sich der Unterschied zwischen Begabten- und Regelklassen im Laufe der Zeit noch vergrößert. Hochbegabte in Regelklassen blieben oft unter ihren Möglichkeiten, während sie diese in den Begabtenklassen ausschöpfen konnten. Dabei zeigten sich erstaunlicherweise kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern: Mädchen und Jungen aus Hochbegabtenklassen zeigten gleich gute Leistungen, nur in Englisch schnitten Mädchen etwas besser ab, was sich auch in den Noten niederschlug. „Spezielle Klassen für hochbegabte Schüler an Gymnasien haben ganz klare Vorteile. Überall dort, wo es genügend Bevölkerung gibt – also vor allem in Großstädten – ist ihre

Die Sorgen der ÖH (an der Uni Wien)

Falls Sie zur Gruppe der „Frauen, Intersex- und Transgenderpersonen“ zählen, dann ist die Hochschülerschaft der Uni Wien vielleicht Ihre letzte Rettung. Sie lädt zum Beispiel zum Workshop für ein „Raumnahmetraining mit Methoden des Theaters der Unterdrückten“ und bietet dazu weitere feine Seminare an, wo zu „feministischen und queeren [= homoerotischen] Themen“ gearbeitet wird. Hilfe! Hat diese durch Zwangsgebühren finanzierte ÖH noch andere Sorgen? Ja, zum Beispiel das Geldgrab „Cafe Rosa“, wo die antikapitalistischen Träume nach einem Jahr zerplatzten. Kosten: 500.000 Euro.

Quelle: Martina Salomon im „Kurier“ vom 30.03.2013(1844-1921)

Einrichtung empfehlenswert“, sagt Schneider, der an der Universität Würzburg die begabungspsychologische Beratungsstelle ins Leben gerufen hat, an der PULSS koordiniert wurde. Schneider war früher selbst skeptisch im Blick auf Begabtenklassen, inzwischen ist er davon überzeugt.

Er berichtet im Gespräch mit dieser Zeitung, dass sich auch Hochbegabte mit einer problematischen Grundschulkarriere in einer Begabtenklasse wohl fühlten, weil sie das Stigma des Sonderlings loswurden. Zum ersten Mal trafen sie in solchen Klassen auf Gleichaltrige, die ähnliche Hobbys pflegten wie sie selbst. Die Hochbegabten einer Begabtenklasse gingen deutlich lieber zur Schule als zuvor, denn soziale Anerkennung und Integration gelingen in den Begabtenklassen nach Aussage der Studie viel leichter, die Lerngemeinschaft ist besser. Tendenziell sind die Begabtenklassen stärker an Mathematik interessiert, die Regelklassen mehr an Deutsch. Die Freude am Denken und das Bedürfnis nach kognitiver Herausforderung sind in den Begabtenklassen jedoch deutlich höher ausgeprägt. Die Begabtenklassen

erleben den Unterricht als sehr viel schülerzentrierter.

Das mag auch daran liegen, dass die Lehrer sich intensiver auf die Begabtenklasse vorbereiten und zusätzliche Aufgaben erarbeiten. In den Begabtenklassen wird weit



weniger wiederholt, der Unterrichtsstoff wird schneller durchgenommen und meist werden auch zusätzliche Inhalte behandelt. Auch die Eltern, die ihr Kind in einer Begabtenklasse angemeldet hatten, waren davon angetan. Viele von ihnen haben in der

Grundschule die Erfahrung gemacht, dass ihr Kind durch Unterforderung Schwierigkeiten entwickelte, und haben den Wechsel in die Begabtenklasse als große Entlastung empfunden. Natürlich ist auch eine Begabtenklasse in sich heterogen, aber weit weniger als eine Regelklasse, die womöglich noch versucht, verhaltensauffällige Kinder oder Kinder mit Lernentwicklungsstörungen zu integrieren. Linke Bildungspolitiker glauben hingegen, alle Kinder in gleicher Weise integrieren und fördern zu können. Auch diese Studie belegt, dass solche überzogenen Erwartungen und Heilsversprechen nur in gewaltigen Enttäuschungen für Lehrer und Schüler enden können. Vermutlich wird die PULSS-Studie daran nichts ändern. Allerdings spricht es Bände, dass es bei den Verantwortlichen üblich geworden ist, Studienergebnisse nur dann zur Kenntnis zu nehmen, wenn sie das eigene Glaubensbekenntnis stützen.

Quelle: FAZ vom 15. März 2013, Aufsatz „Großer Fisch, kleiner Teich“ von Heike Schmoll (Seite 7)

„Das Gymnasium wird nicht abgeschafft“

Das versprach Vizekanzler Michael Spindelegger (ÖVP) beim Bundeslehrertag der VP-nahen Österreichischen Professorenunion (ÖPU) und der FCG-BMHS am Montag, 4. März 2013 in Linz. Er appellierte aber auch an die Pädagogen, „nicht nur ein Nein in den Vordergrund zu stellen, sondern auf das zu schauen, was notwendig ist“. Für die nächste Legislaturperiode plant er eine „Gebäudeoffensive“ bei Schulen, um die Räumlichkeiten den Erfordernissen der Zukunft anzupassen.

Man brauche ein anderes Dienstrecht für Neueintretende, das sei „kein Angriff auf die, die heute in der Schule stehen“, so Spindelegger. Es sei nötig, dass künftig auch am Nachmittag Lehrer anwesend und pädagogisch tätig seien. Er wünscht sich zudem einen besseren Austausch zwischen Schule und Wirtschaft. BHS-Lehrer müssten einige Zeit außerhalb der Schule arbeiten können. „Das kann nur gut sein.“

Es wisse, dass ein Kompromiss schwer zu erringen sei, räumte der Vizekanzler ein. Dennoch „möchte ich das bis Herbst noch schaffen, weil ich nicht weiß, was nachher kommt“. Da die ÖVP bei den Nationalratswahlen wohl keine absolute Mehrheit erringen werde,

sei nicht klar, „ob dann die, die der Gesamtschule das Wort reden, die Überhand bekommen“. Österreich solle bei einem differenzierten Schulsystem bleiben, betonte Spindelegger einmal mehr. „Mit mir wird das Gymnasium nicht abgeschafft“.

Handlungsbedarf sieht der ÖVP-Chef auch bei den Schulhäusern. „Wir brauchen andere Gebäude, wenn wir mehr Zeit in der Schule verbringen.“ Es müsse nicht nur eine Küche und einen Speisesaal geben, sondern auch Platz für Bewegung und Nachmittagsbetreuung. Die Lehrer benötigten zudem bessere Arbeitsplätze, wenn sie am Nachmittag in der Schule seien. Daher wolle er in der kommenden Legislaturperiode die Gebäude ins Visier nehmen.

Spindelegger plädierte weiters für die Beibehaltung des Religionsunterrichts bzw. die Einführung eines verpflichtenden Ethikunterrichts für jene, die sich abgemeldet haben. Wichtig sei auch, dass Kinder beim Schuleintritt ausreichend Deutsch können. Wenn das nicht der Fall sei, brauche einen schlechten Abschneiden bei den 15-Jährigen nicht zu wundern, so der Vizekanzler.

Quelle: APA, 05.03.2013

Die NMS ist eine Sackgasse

Die von den Chefideologen der roten Bildungspolitik gemeinsam mit ihren schwarzen und grünen Helfern propagierte „Neue Mittelschule“ (NMS) ist eine bildungspolitische Sackgasse. Das bestätigt eine Anfragebeantwortung von Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) an FPÖ-Klubobmann HC Strache zur Bildungskarriere der NMS-Absolventen in den Schuljahren 2009/2010 bzw. 2010/2011.

Ein Großteil der Absolventen geht nach der NMS in den Polytechnischen Lehrgang bzw. in die Berufsschule. Lediglich in die Berufsbildenden Höheren Schulen gibt es ähnlich wie bei den Absolventen der früheren Hauptschulen relevante Übertritte. Bei vielen Absolventen der NMS liegt der weiter eingeschlagene Bildungsweg überhaupt im Dunkeln, da deren „Bildungskarriere“ in der Statistik als „unbekannt“ erfasst wird. Nur eine Minderheit geht in eine Allgemeinbildende Höhere Schule (AHS). Dass die NMS zu einer höheren Anzahl an zukünftigen Absolventen von weiterbildenden Schulen führt, konnte jedenfalls auf der Grundlage von zwei Schulabgängerjahrgängen nicht glaubhaft dargestellt werden.

Die NMS wird als Vorstufe zur AHS-Matura nicht angenommen

Die Oberstufen-AHS werden von Abgängern der NMS kaum ausgewählt. In den fünf in der Anfragebeantwortung ausgewiesenen Bundesländern Burgenland, Kärnten, Oberösterreich, Steier-

Redaktionelle Anmerkung (dgm): Auffällig ist die Übereinstimmung, sogar was die Reihenfolge der behandelten Themen betrifft, von Spindeleggers Aussagen mit dem Inhalt meines Aufsatzes „Schulreformen ohne ideologische Scheuklappen“, veröffentlicht im GENIUS-Brief vom Februar 2013 und in der FM 1/2013.

LAbg. Mag. Silke Lackner,
Bildungssprecherin der FPÖ-OÖ

„Ja“ zu einer Pädagogischen Volluni in Linz!

Der Errichtung einer Pädagogischen Volluniversität in Linz kam der OÖ. Landtag gestern einen großen Schritt näher: „Diese Maßnahme findet von uns natürlich vollste Unterstützung, schließlich sollen unsere Studenten die Chance auf eine Lehrerausbildung im eigenen Bundesland haben“, sagt dazu FPÖ-Bildungssprecherin LAbg. Mag. Silke Lackner.

Für den Bildungsstandort Oberösterreich ist es gerade jetzt in Zeiten des Lehrermangels unumgänglich, die Weichen für ein derartiges Vollangebot zu stellen. „Im Rahmen der neuen Pädagogen-Ausbildung sollen die Nachwuchslehrer eine gemeinsame universitäre Grundausbildung erhalten“, schildert Lackner, „alle Maßnahmen, die zur Steigerung der Qualität in der Ausbildung einen Beitrag leisten, sind zu begrüßen. Dazu zähle ich etwa die modulare Lehrerausbildung, den Vorrang der Praxisorientierung und mehr diagnostische und methodische Kompetenz.“

„Bei der Errichtung einer Pädagogischen Volluniversität kann Oberösterreich eine Vorreiterrolle übernehmen“, bricht Lackner eine Lanze für den Gesetzesentwurf, „denn laut jüngsten Studien sind gut ausgebildete und hochmotivierte Lehrer das A & O für einen qualitativ hochwertigen und somit erfolgreichen Unterricht.“

Aus Pressediensten des FPÖ-Bildungssprechers Dr. Walter Rosenkranz **Zur Doppelzuständigkeit von Unterrichts- und Wissenschaftsministerium**

Die aufrecht bleibende Doppelzuständigkeit des Unterrichts- und des Wissenschaftsministeriums für die Lehrerausbildung kritisiert FPÖ-Bildungssprecher NAbg. Dr. Walter Rosenkranz scharf: „Nach vier Jahren Verhandlungen ist das Ergebnis ein großkoalitionärer Eiertanz um den Machterhalt!“ Die freiheitliche Forderung lautete von Beginn an, dass die Lehrerausbildung, sofern diese generell im tertiären Bildungsbereich stattfinden soll, im Wissenschaftsministerium angesiedelt sein muss. „Diese Doppelzuständigkeit von Wissenschafts- und Unterrichtsministerium bewahrheitet das alte Sprichwort Zu viele Köche verderben den Brei“, so Rosenkranz weiter.

Es werde ja auch nicht verlangt, dass das Medizinstudium im Gesundheitsressort und das Jusstudium im Justizressort angesiedelt werden: „Gerade die, die am lautesten nach dem Vorbild Finnland schreien, werden in diesem Punkt kleinlaut. Dort gibt es eigene pädagogische Universitäten. Das wäre auch in Österreich sinnvoll“, schließt Rosenkranz.

mark und Vorarlberg liegen alle anderen Schultypen weit vorne. In Vorarlberg etwa gingen nur 122 Schulabgänger des neuen Modells des Jahrgangs 2010/2011 anschließend in eine AHS, während 558 in den Polytechnischen Lehrgang, 236 in eine Berufsbildende Schule und 144 in die Berufsschule wechselten. Weitere 142 Schulabgänger gingen in Land- und Forstwirtschaftliche Schulen bzw. war deren anschließende Schullaufbahn überhaupt unbekannt.

Quelle: „unzensuriert.at“ 03.04.13

Frontalunterricht

Ich hab's versprochen: Frontalunterricht. Dazu gibt es inzwischen Neuigkeiten aus meiner zweitliebsten Gratiszeitung mit dem schlanken Titel *aps*, Zeitschrift der Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst. Inhalt dort ja wie gewöhnlich: Ach, wie ungerecht und kalt zum heimischen Lehrpersonal sind doch die Menschen da draußen, und je ungerechter und kälter, umso näher man dem Minoritenplatz (bm:ukk) kommt.

Diesmal aber widmete Pflichtschul-Obergewerkschafter Paul Kimberger auf seiner „Seite des Vorsitzenden“ nach dem gewohnten Lamento fünf Absätze dem Frontalunterricht. Tenor: Der ist besser als sein Ruf.

Und diemal muss ich sagen, da bin ich voll d'accord. Weil ich be-

hauptete, besser dem, dem Kindergarten erwachsenen Menschen mit Worten begreiflich zu machen, was er begreifen soll, als ihm Papierstöße (oder ein lustiges Spiel) aufzulegen. Zeigt mir übrigens auch mein außerschulisches Erwerbsleben. Noch nie hat dort jemand versucht, mir etwas



Kompliziertes per lustigem Zettel zu erklären. Die Menschen „da draußen“ sprechen, sobald sie etwas wollen, und zwar durch den Mund. Aber das ist wie gesagt nur die Praxis, und was zählt schon die Praxis, wenn sich die Bildungsexperten einer Theorie verpflichtet

fühlen, die entschieden hat: Frontalunterricht pfui gack!

Diesmal gewerkschaftlicher Entlastungsangriff. Dafür zitiert Paul Kimberger eine in der Neuen Zürcher Zeitung veröffentlichte Studie der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sinngemäß: Schüler schneiden in Tests umso besser ab, je mehr Zeit der Lehrer für die frontale Vermittlung des Stoffs aufgewendet hat. Und: Wenden Lehrer nur zehn Prozent mehr Zeit für Frontalunterricht auf, bringt das einen Wissenszuwachs von 1 bis 2 Monaten Schulbildung. Und schließlich: Vor allem Schüler aus bildungsfernen Schichten profitieren durch die sogenannten modernen Unterrichtsformen kaum.

Von mir kein Einspruch. Aber wie gesagt, können muss man's halt. „Buch heraus, Seite 27. Ich lese laut und ihr lest leise mit“ gehört jetzt nicht unbedingt dazu.

Quelle: Niki Glattauers Kolumne „Schule und der Rest des Lebens“ im „Kurier“ vom 25. März 2013

BURNOUT

Bericht eines gefährdeten AHS-Lehrers

Auch bei uns gibt es jetzt Burnout.



Auch bei uns sind jetzt die Lehrer am Ende. Nicht nur in der NMS, dort, wo ein Kollege die Welt einfach deshalb nicht mehr versteht,

weil er untätig zusehen muss, wie fortschrittliche Jungpädagogen in den Pausen zwischen den Wohlfühlphasen der ihnen anvertrauten Jugendlichen versuchen, den Unterschied zwischen „cool“ und „lecker“ lust- und spaßorientiert zu erarbeiten.

Ich schreibe hier keinen wissenschaftlichen Aufsatz, ich will bloß notieren, warum auch ich mich für burnout-gefährdet halte, und das liegt mit Sicherheit NICHT an

meinen Schülern, die als einzige im ganzen Schulsystem imstande sind, mich erstaunlicherweise täglich neu zu motivieren.

Folgende Gefahrenmomente habe ich für mein bevorstehendes Burnout-Syndrom festgestellt:

1. Haarsträubende Erlässe, Verordnungen und Arbeitsaufträge meiner Vorgesetzten: Mit Schauern denke ich an die Durchführung der Neuen Reifeprüfung, die

außer höherer Arbeitsbelastung für die Lehrer auf Schülerseite Qualitätsverluste erwarten lässt. In den Matura-Tagen meiner Junglehrerzeit konnte ein Thema aus Latein zur mündlichen Reifeprüfung schlicht und einfach „Ovid“ lauten. Dann erklärte man mir, der (18-jährige!) Schüler könne damit nichts anfangen, ich hätte zu schreiben „Sprich über Ovid“, später „Sprechen Sie über Ovid“, dann „Sprechen Sie über Ovids Leben und Werk“, gefolgt von „Erklären Sie die Exilliteratur Ovids anhand der vorliegenden Textstelle“ usw. Als nicht unrealistisch für künftige Zeiten prophete ich als Themenstellung: „Zeichnen Sie unter Einbeziehung Ihrer Kenntnisse aus Bildnerischer Erziehung, Biologie, Ethik und Lebenskunde Ovids Frisur, die er in seiner ersten Liebesnacht getragen haben dürfte“.

2. Sinnlose und stupide Testungen, die zwar den Organisatoren und Schulbuchautoren, aber weder Lehrern noch Schülern vorteilhafte Ergebnisse liefern (wenn etwa im Fremdsprachenunterricht Kompetenz durch Überprüfung angekreuzter Antworten ermittelt wird).

3. Ineffektive Arbeitsprozesse, in denen Aufwand und Ergebnis in

keinem vernünftigen Verhältnis stehen („Power Pointisierung“ von Referaten, Überbewertung von Form gegen Inhalt bei vielen Interaktionen am Schul-Ort).

4. Bestrafung für übererfüllte Aufgaben (so vorgesehen in den neuen Prüfungsbestimmungen): Wer mehr weiß, als die Norm gebietet, hat offenbar etwas nicht verstanden.

5. Materiell und ideell unbelohnte Zusatzaufgaben für Lehrer bei gleichzeitig fortschreitender sozialer Ächtung des Lehrpersonals. Wer einem von den zahlreichen zu vergebenden „Ehrenämtern“ (vom Brandschutzbeauftragten bis zum Medien-Kustos) zustimmt, ist selbst schuld!

6. Überforderung der Lehrer durch ausufernde Suppliertätigkeit aufgrund zunehmender Krankenstände und „dislozierten Unterrichts“.

7. Gezielt verordnete demotivierende Tätigkeiten und Verschlechterung der Stundenpläne (Aufsichts-Stunden für Ganztagschüler u. a., Verlängerung der Mittagspausen und Unterricht bis in die Abendstunden).

8. Neues um des Neuen willen,

Veränderung ohne gleichzeitige Verbesserung.

Vor allem aber empfinde ich es als eine Beleidigung, akademisch ausgebildetes Personal zu Animatoren und Marktschreibern zu degradieren, die ihre Ware (= Zustandekommen ihres Unterrichtsfaches) an den Mann/in zu bringen hätten.



Ich kann es in keiner Weise als WERTSCHÄTZEND (viel gequältes Wort!) empfinden, wenn mir „jemand“ in politisch korrektem Ton sagt, dass meine bisher geleistete Arbeit ein Irrtum gewesen sei, die positiven Momente könn-



ten in meiner Zukunft liegen, wenn ich die gloriose Idee von Gesamt-, Ganztags- und Einheitschule verstanden hätte, wenn „demokratische“ Abstimmungen so lange wiederholt werden, bis die Schulaufsicht das gewünschte Ergebnis bekommen hat.

Daher fürchte ich, dass auch ich dem Burnout schon sehr nahe bin. Es grüßt aus der Nervenheilanstalt

Johannes Kerbl

Man sollte die Dinge so nehmen, wie sie kommen. Aber man sollte dafür sorgen, dass die Dinge so kommen, wie man sie nehmen möchte.

Curt Götz

dt. Schriftsteller 1888-1960

*Wir stehen uns
manchmal selber im
Weg.*

*Vielleicht wäre ein
Umweg ein Ausweg.*

Was ist los in Ungarn?

von Dieter Grillmayer

Als ein seit bald zehn Jahren mehrheitlich in einem kleinen Dorf in Westungarn lebender „Zeitzeuge“ erlaube ich mir, zu der laufenden Ungarn-Berichterstattung in den Medien Stellung zu nehmen. Dabei fließen die Beobachtungen der dörfliche Gegenwart ebenso ein wie mein Wissen über die ungarische Vergangenheit und die Grundsätze, welche ich mir bei der Bewertung politischer Geschehnisse und Entwicklungen zu Eigen gemacht habe.

Zunächst das Dorf: Es ist von bairuarischen Aussiedlern gegründet worden, die der örtliche ungarische Magnat ab 1756 angeworben hatte, um seine Wälder zu roden und den Boden für die Landwirtschaft nutzbar zu machen. So entstand eine ursprünglich als „Deutschdorf“ bezeichnete Ansiedlung; im 19. Jahrhundert wurde daraus (durch Magyarisierung) „Németfalú“; nach 1945 haben die Kommunisten das Dorf in „Egervölgy“ (= Erlental) umbenannt. An innerösterr. Verhältnissen gemessen ist der Boden hier sehr fruchtbar und das Klima viel freundlicher, die Niederschlagsmengen sind gering, aber ausreichend, und die Sonne scheint öfter. Jeder Ansiedler-Familie wurde ein schmaler, aber langer Grundstreifen zum Hausbau und zur Selbstversorgung übertragen, und zwar in der bei ungarischen Dörfern typischen Anordnung normal zur Hauptstraße. Bei meinem „Haus mit Garten“, wie es im Grundbuch steht, ist der Grundstreifen durchschnittlich nur 12 Meter

breit, aber mehrere 100 Meter lang. Das Dorf hat heute ca. 500 Einwohner und scheint mir nicht überaltert zu sein. Dass es sich um eine ursprünglich rein deutsche Ansiedlung handelt dokumentieren inzwischen nur mehr die Grabinschriften am temető, dem Dorffriedhof.

Von den politischen Verhältnissen bzw. Veränderungen merken wir hier praktisch nichts, wenn man davon absieht, dass nach einem inaktiven „roten“ Dorfschulzen seit ein paar Jahren eine offenbar der FIDESZ nahestehende Bürgermeisterin im Amt ist, die für das Gemeinschaftsleben viel tut, z. B. jedes Jahr ein Dorffest organisiert. Der – wahrscheinlich mit EU-Mitteln – neu errichtete Kinderspielplatz kann sich sehen lassen und das Kriegerdenkmal wird liebevoll gepflegt. Auf dem Schornstein des Pfarrhauses nisten Störche. Zwei kleine Läden gewährleisten die Grundversorgung, daneben liefern fahrende Händler z. B. Tiefkühlkost einmal wöchentlich „frei Haus“. Vergleichsweise gut ausgelastete Autobusse verbinden das Dorf mit Vasvár (10 km), Sárvár (15 km) und Szombathely (30 km), wo sich u. a. SPAR, LIDL, TESCO und BAUMAX angesiedelt haben. Die Zahl der Fahrzeuge, neuerdings auch große Traktoren, im Dorf hat sich in den letzten zehn Jahren zwar vervielfacht, aber es ist nicht zu übersehen, dass die Einheimischen hier vergleichsweise immer noch „arm“ sind, dass sie sich aber nicht so fühlen. Dazu trägt bei,

dass sie sich zum Teil noch selber versorgen und dass die Lebenshaltungskosten generell (mehr denn je) nur einen Bruchteil der österreichischen ausmachen, wenn man vom teuren Kraftstoff einmal absieht.



Unser einziger regelmäßiger Gesprächspartner ist ein Baumeister, der ca. 20 Jahre in Deutschland tätig war und als Pensionist in sein Dorf zurückgekehrt ist. Der ist – für den Ungarn nicht untypisch – ein leidenschaftlicher Diskutierer und ein FIDESZ-Fan, wie er im Buche steht. Er beklagt sich bitter über die schlechte Auslandspresse, die der Orbán-Regierung in Ungarn aber eher nützt, die absolute Mehrheit für FIDESZ sei nicht in Gefahr. Würde Orbán von seinem in Europa viel kritisierten Kurs abrücken, dann käme das nur der wirklich faschistoiden JOBBIK-Partei zugute, und daran könne nun wirklich niemand interessiert sein.

Diese Gedankengänge sind nachvollziehbar. Es könnte also durchaus sein, dass die „Antifaschisten“ in Europa das Gegenteil von dem erreichen, was sie anstreben. Die „politische Hysterie“

weiter auf Seite 14

Interessiert?

Sie wollen mit uns in Kontakt treten?
 Sie möchten mit uns diskutieren?
 Sie interessieren sich für uns?

... nur mal kontaktieren?
 Schreiben Sie an eine dieser Adressen
 oder schicken Sie eine Mail an FLV@gmx.at

Sie möchten beitreten und mitmachen?
 Bitte sehr, gerne!
 Beitrittserklärung ausfüllen oder
 einfach nur Mail schicken!

*Ideale sind wie Sterne, wir
 erreichen sie niemals, aber wie die
 Seefahrer auf dem Meer können
 wir unseren Kurs nach ihnen
 richten.*

**Der eine sieht nur
 Bäume, Probleme dicht
 an dicht. Der andre
 Zwischenräume und
 das Licht.**

**Unser Morgen wird
 anders sein, wenn wir
 das Heute verändern**

Dem

Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverband

4040 Linz, Blütenstraße 21/1, www.flv.at
 gehören an:

Freiheitlicher Niederösterreichischer Lehrerverein

Obmann: Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner
 2700 Wr. Neustadt
 Schönthalgasse 1

Freiheitlicher Oberösterreichischer Lehrerverein

4040 Linz, Blütenstraße 21/1
 Obfrau:
 SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner
 4212 Neumarkt/Mühlkreis, Tannbergstr. 2

Freiheitlicher Salzburger LandesLehrerverein

5020 Salzburg, Ginzkeyplatz 10
 Obmann: Mag. Johann Lehrer
 5322 Hof, Am Römerfeld 18

Freiheitlicher Lehrerverein Steiermark

8510 Stainz, Anna-Plochl-Straße 5
 Obmann: Jürgen Zechner

Freiheitlicher Lehrerverein Tirol

6020 Innsbruck, Leopoldstr. 72
 Obmann: Mag. STR Hartmut Gatternigg
 6020 Innsbruck,
 Kanonikus-Gamper-Gasse 4

Kontakt Vorarlberg

Mag. Siegfried Neyer Widumweg 4 6780
 Schruns

Freiheitlicher Wiener Lehrerverein

Obmann:
 SR Dipl. Päd. BOL Franz J. Etzelstorfer
 1010 Wien, Bartensteingasse 14

Kontaktadresse Burgenland:

HOL Josef Kotzenmacher
 7152 Pamhagen, Weingartengasse 5

Kontaktadresse Kärnten:

Dr. Heiner Zechmann
 9500 Villach, Distelweg 2

Die Leitung des Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverbandes:

Obmann:

**Mag, Siegfried Neyer,
 6780 Schruns, Widumweg 4**

Stellvertreter:

SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner
 SR BOL Dipl. Päd. Franz J. Etzelstorfer
 Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner



Freiheitlicher Lehrerverband
 Blütenstraße 21/1
 4040 Linz



Beitrittserklärung

Vorname: Zuname:

Schultyp: Amtstitel:

Straße/Nr.:

PLZ / Ort:

Tel.Nr.: E-Mail:

Geboren am:

Ich trete dem FLV / Landesverband bei.

Datum: Unterschrift:

Fortsetzung von Seite 12

und der „ideologische Zirkus“, wie ein paar deutsche Stimmen schon konstatiert haben, sollte also einer sachlichen Einschätzung der aktuellen ungarischen Politik weichen. Was von Orbáns Reformplänen tatsächlich gegen übergeordnetes Europarecht verstößt kann er ohnehin nicht verwirklichen; aber das hat der EUGH zu entscheiden und nicht die europäischen Linkspolitiker und die ihnen zuarbeitenden Medien. Die europäischen Volksparteien wiederum täten gut daran, der ungarischen Schwesterpartei wenigstens nicht in den Rücken zu fallen, auch wenn sie den Wertvorstellungen, die bei FIDESZ



noch lebendig sind, längst abgeschworen haben.

Patriotismus und Revoluzzertum haben die freigeistigen Ungarn und ihr „Reich der Stephanskrone“ tausend Jahre lang geprägt. Der ungarische Patriotismus wurzelt weniger im Magyarentum als in dieser Reichsidee. Franz Liszt war, obwohl deutschstämmig und der ungarischen Sprache gar nicht mächtig, ein glühender ungarischer Patriot. Maria Theresia verdankt ihr politisches Überleben einzig den Ungarn, die für „ihre“ Königin in den Krieg gezogen sind,

während der österr. und der böhmische Adel schon zum Absprung bereit waren. Die faktische Unabhängigkeit im Habsburgerreich ab 1867 haben sich die Ungarn erkämpft, während die Slawen im Vielvölkerstaat nur gemault haben. Die Reduzierung ihres Staatsgebiets auf rund ein Drittel des ursprünglichen Reichs nach 1918 hat die Ungarn daher viel tiefer getroffen als die anderen Kriegsverlierer, und mit dieser Betroffenheit, dem verletzten Stolz und dem Bewusstsein erfahrenen Unrechts lässt sich heute noch und wohl auch in Zukunft hierzulande recht gut Politik machen.

Das einzig Bemerkenswerte an einem neuen Buch über Ungarn („Mit Pfeil, Kreuz und Krone“) scheint mir, dass die Autoren, allerdings ebenfalls mit negativem Akzent, darin behaupten, die Wirtschaftspolitik der Orbán-Regierung sei eine im Prinzip antikapitalistische und gegen den „im Westen“ vorherrschenden Wirtschaftsliberalismus

hege man große Vorbehalte. Für diese These spricht, dass in Ungarn wirtschaftlich vergleichsweise wenig weitergeht, wozu allerdings auch eine traditionell schlechte Steuermoral beitragen dürfte. Sollte es der Administration allerdings gelingen, ihr Wahlvolk mit anderen als rein materialistischen Themen bei Laune zu halten und durch ein langsames Wachstum die vielen negativen Begleiterscheinungen gesellschaftspolitischer Natur abzuschwächen, mit denen wir „im Westen“ geplagt sind, dann könnte ich diesem nonkonformisti-

schen „ungarischen Weg“ durchaus etwas abgewinnen.

Ein konkretes Beispiel für das beliebte „Orbán-Bashing“ ist die negative Berichterstattung über dessen Pläne, landwirtschaftlich nutzbare Grundstücke, die in der Vergangenheit an Ausländer verkauft worden sind, wieder in ungarische Hände zu bringen. (Mein „Haus mit Garten“ ist davon nicht betroffen.) Es ist doch evident, dass ein Verkauf von Grund und Boden an Ausländer in Österreich (und auch anderswo in Europa) gar nie möglich gewesen wäre, noch dazu, wenn das Land dann gar nicht bewirtschaftet wird. Man denke nur an die entsprechende Episode in der „Piefke-Saga“ und (hinsichtlich des Nutzungsgebotes) an den zum Skandal aufgebauchten Versuch K. H. Grassers, in Tirol einen Bauernhof zu erwerben. Noch einmal: Auf einen Bruch mit der EU wird es Orbán sicher nicht ankommen lassen, aber innerhalb von deren Rechtsordnung wird er alle Möglichkeiten ausschöpfen, um wenigstens einen Teil des an Ausländer verkauften Landes zurückzubekommen. Der Beifall seiner Landsleute ist ihm dabei gewiss.

Zuletzt noch ein Wort in eigener Sache: Der kurz nach meiner Pensionierung zusammen mit meiner Frau gefasste Entschluss, unseren Hauptwohnsitz nach Ungarn zu verlegen, hat sich als rundum glücklich erwiesen. Nicht nur, dass wir hier, von jedweder lästigen Verpflichtung befreit, einen alternativen Lebensstil pflegen konnten, hat uns das „Ungarn-Abenteuer“ auch neue Betätigungsfelder, etwa eine (bescheidene) Weinproduktion, er-

öffnet. Aber nun, jenseits der 70, müssen wir daran denken, diese Idylle wieder aufzugeben, solange wir das noch mit Anstand tun können und so schwer uns das auch fällt. An Nachfolgern, welche das Vorhandene nutzen können und die Begleitumstände zu schätzen wissen, wäre uns sehr gelegen. Über Anfragen (dgm@a1.net, 0043 650 5202642) würde ich mich freuen. (Die ungarische Briefadresse lautet: HU - 9684 Egervölgy Kossuth utca 48)



Buh-Männer von Dieter Grillmayer

Buh-Männer sind Personen, die ob ihres üblen Charakters und/oder ihrer schändlichen Taten an den Pranger zu stellen sind, um „ausgebuht“ zu werden. Das Urteil darüber, wer was wo und wie angestellt hat, und die Erklärung zum Buh-Mann ist i. A. Sache der in Österreich vorwiegend „linken“ Medien. Das erklärt, warum das Schicksal, zum Buh-Mann hochstilisiert zu werden, vor allem Männer „rechts der Mitte“ und insbesondere FPÖ-Politiker trifft. Dass die so

Gebrandmarkten oft herausragende Taten gesetzt und Geschichte geschrieben haben soll möglichst rasch dem Vergessen anheimfallen. Dem möchte ich mit diesen Zeilen entgegenwirken.

Beispiele aus den 1980er-Jahren sind Kurt Waldheim und Norbert Steger. Ersterem wurde sein schlechtes Gedächtnis zum Verhängnis, dem aber jene Medien in nichts nachstehen, die Franz Vranitzky als ersten Bekenner österr. Mitschuld an

Hitlers Misstaten hochgejubelt haben. Die durch Jahrzehnte verdrängte Wahrheit wurde nämlich zuerst von BP Waldheim ausgesprochen und erst im Nachhinein von BK Vranitzky bestätigt. Steger wiederum hat als Vizekanzler und Energieminister das endgültige Aus für Zwentendorf und damit die Abkehr Österreichs von der Kernenergie fast im Alleingang durchgesetzt. Wütend bekämpft von der ÖVP und angefeindet in der eigenen Partei hat er dabei

OFFENLEGUNG

„Freie Meinung“ ist das Bundesorgan des Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverbandes und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember). Besonders gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren bzw. der Landesorganisation wieder. Ziel der Druckschrift ist es, die politische Bildung zu fördern und Beiträge zur Verwirklichung freiheitlichen Gedankenguts in der Schulpolitik zu leisten. Herausgeber, Eigentümer und Verleger ist der FÖLV, vertreten durch den Verbandsobmann. Sitz des Organs: 4040 Linz, Blütenstraße 21/1.

Inhalt: Hofrat Mag. Dieter Grillmayer, 4451 Garsten, Lahrndorferstr. 125, dgm@utanet.at und dgm@a1.net, Tel. 0043-650-5202642. Gestaltung: Harald Baumgartner, 4212 Neumarkt, Tannbergstraße 2.

Hersteller: Pleschko & Pleschko, www.pleschko.com, 4631 Krenglbach 27



dem Druck des Koalitionspartners SPÖ tapfer standgehalten.

Musterbeispiel für einen von den Medien – mit Unterstützung

minderbegabter Politiker aus allen Parteien – „gemachten“ Buh-Mann ist Wolfgang Schüssel. Objektiv gesehen haben die von ihm geführten ÖVP-FPÖ-Regierungen zwischen 2000 und 2006 besser funktioniert und für Österreich erfolgreicher gearbeitet als die SPÖ-ÖVP-Regierungen zuvor und danach. Neben großen, schon lange anstehenden Reformen hat Österreich in den Schüssel-Jahren eine wirtschaftliche Dynamik entwickelt, mit der Deutschland und die Schweiz nicht mithalten konnten, während wir danach wieder ins gemütliche Tempo zurückgefallen sind („Kurier“, 16.03.13, Seite 9). Die Skandalisierung der Schüssel-

Jahre dient vornehmlich dem Zweck, diese Erfolgsgeschichte, die uns auch noch gut über die Krisenjahre 2008 – 2010 hinweggebracht hat, vergessen zu machen.

Letztes Beispiel und Auslöser dieser Anmerkungen ist Gerhard Dörfler. Den eher biederen Kärntner Bierbrauer hat das Schicksal zum Nachfolger Jörg Haiders bestimmt, mit allen Vorteilen (2008) und Nachteilen (2012/13). Dörfler sollte aber auch als derjenige Landeshauptmann in Erinnerung bleiben, der den jahrzehntelangen Kärntner Ortstafelstreit zu einem guten Ende gebracht hat.

FPÖ-Bildungssprecher Dr. Walter Rosenkranz: Expertenhearing zur Lehrerausbildung

Im Zusammenhang mit dem Konzept „Lehrerbildung NEU“ fordert der freiheitliche Bildungssprecher und Vorsitzende des parlamentarischen Unterrichtsausschusses NAbg. Dr. Walter Rosenkranz ein Expertenhearing im Parlament. Der derzeit in der Begutachtungsphase befindliche Gesetzesentwurf werfe zu viele Fragen auf.

„Täglich erreichen mich viele Briefe und E-Mails mit Protesten und Änderungswünschen dazu. Eine für Volksschullehrer zu lange praxisferne Ausbildungsdauer, Fehlen der Elementarpädagogik, Fehlen der Sonderpädagogik, Akademisierung der Ausbildung, die absehbar zu einer Unterbrechung des Nachrückens von Junglehrern bzw.

Verschärfung des Lehrermangels führen wird, Problem der klaren Ressortzuordnung uvm. – ein parlamentarisches Hearing könnte hier möglicherweise auch viele Missverständnisse ausräumen und berechtigte Änderungswünsche in die richtigen Bahnen lenken“, hofft Rosenkranz.

www.flv.at
Besuchen Sie uns im Internet!



Aktuelles, auch aus den Bundesländern, die "Freie Meinung" als PDF zum Herunterladen, Infos aus den Ländern, informative Links in der Tankstelle und mehr!